

## Der „deutsche Weg“ und die Kontinuität der Krise

Karl-Heinz Kamp

Dass sich die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Krise befindet, ist keine bemerkenswerte Einsicht. Allwöchentlich zeigen politische Meinungsumfragen neue Tiefpunkte für die SPD, die ihren Anspruch als Volkspartei zunehmend infrage stellen. Weder personelle Wechsel an der Parteispitze noch wohlfeile Durchhalteparolen bieten bislang Aussicht auf Besserung.

Erstaunlich ist hingegen die Art und Weise, wie der Kanzler auf die dramatische Situation reagiert. Statt sich intensiv innenpolitischen Brandherden zu widmen, verwendet Gerhard Schröder viel Zeit und Energie auf Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik. Ein sich präsidial darbietender „Außen-Gerd“ (*Der Spiegel*) lässt kaum einen internationalen Termin aus und verweist dabei seinen Außenminister und Vizekanzler Fischer ins Glied. Die Gründe für diesen außenpolitischen Aktivismus sind offensichtlich und sowohl im Bereich der harten Fakten als auch in der Gefühlswelt zu finden. So bietet die internationale Bühne ein weit angenehmeres Betätigungsfeld als das vom Reformstau gezeichnete Jammertal Deutschland. Dies gilt umso mehr, als sich Gerhard Schröder – im Unterschied zu seinen Vorgängern – als Kanzler eines „stolzen“ und „starken“ Deutschlands empfindet, das seine außenpolitischen Interessen vertritt „so wie die anderen auch“. Er ist der erste deutsche Regierungschef, der nicht durch die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges geprägt ist, und durchschreitet

seine Amtszeit scheinbar ohne historisches Marschgepäck. Im Frühjahr 2004 sah er deshalb auch kein Problem darin, eine Einladung anzunehmen, die Helmut Kohl zuvor zweimal ausgeschlagen hatte: die Teilnahme an den D-Day-Feiern in der Normandie.

Allerdings stehen neben Prestigedenken auch handfeste Überlegungen hinter der Begeisterung für die Außen- und Sicherheitspolitik, die dem einstigen „Autokanzler“ nicht immer zu Eigen war. Im Jahr 2002 hatte sich der Glaubenssatz von Generationen deutscher Wahlkampfstrategen – „Mit Außenpolitik gewinnt man keine Wahlen!“ – erstmals als falsch erwiesen. Das Image des erfolgreichen Staatenlenkers oder des „Friedenskanzlers“ kann sich also durchaus noch einmal an der Wahlurne auszahlen. Aktuelle Umfragen weisen in diese Richtung: Während nur sechzehn Prozent der Deutschen einer SPD-geführten Bundesregierung zutrauen, den Wirtschaftsstandort Deutschland voranzubringen, glauben immerhin doppelt so viele, dass Rot-Grün eine verlässliche Außenpolitik betreibt.

Was aber zeigt die Halbzeitbilanz der Bundesregierung in ihrer zweiten Legislaturperiode – wie ist das Handeln der politisch Verantwortlichen in den Problemfällen in den letzten beiden Jahren zu bewerten?

### Krieg am Golf

Wie im Jahr 1998, als der Konflikt im Kosovo die ersten Monate der neuen Bundesregierung bestimmte und zum

ersten Kampfeinsatz deutscher Streitkräfte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges führte, begann auch die zweite Amtszeit von Rot-Grün mitten in einer internationalen Krise. Der Streit um das Für und Wider eines militärischen Sturzes von Saddam Hussein bestimmte die Schlagzeilen und hatte die öffentliche Meinung in Europa gegen die Haltung der USA aufgebracht. Im Kosovo hatte Kanzler Schröder allerdings im Sinne einer außenpolitischen Kontinuität die bündnispolitische Solidarität über Bedenken in den eigenen Reihen und selbst über parteipolitische Grundpositionen gestellt. Obgleich die Wahlprogramme der SPD und der Grünen Streitkräfteeinsätze nur mit Zustimmung der Vereinten Nationen vorsahen, beteiligte sich Deutschland am Kampf gegen das Regime Milošević, ohne dass ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vorlag. Sonderwege, so hieß es in einer Regierungserklärung zum Kosovo-Krieg, könne und werde es nicht geben.

Ganz anders im Irak-Konflikt. Bereits beim Wahlkampfauftritt am 5. August 2002 in Hannover lehnte Schröder eine deutsche Beteiligung an einem „Abenteuer“ im Irak ab und sprach dabei ausdrücklich vom „deutschen Weg“, der damit beschränkt werde.

Nach dem knappen Wahlsieg von Rot-Grün legte der Kanzler im Januar 2003 noch einmal nach und erklärte in einer Rede in Goslar, dass Deutschland als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einer Resolution, die einen Krieg im Irak legitimieren würde, keinesfalls zustimmen werde. Das Ergebnis der Waffeninspektionen der Vereinten Nationen sei für die deutsche Meinungsfindung unerheblich. Diese Position konnte zu der Zeit von den USA und den sie unterstützenden Regierungen nur als Solidaritätsverweigerung angesehen werden – zumal eine militärische Beteiligung Deutschlands von den

USA überhaupt nicht gefordert worden war.

Die Folgen dieser unnötigen Festlegung sind bis heute spürbar. Was als Wahlkampfrhetorik begann, endete als „schlimmste Krise deutscher Außenpolitik seit 1949“ (*Die Zeit*). Zwar wusste die Bundesregierung rund achtzig Prozent der deutschen und europäischen öffentlichen Meinung hinter sich, das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik hat aber gewaltigen Schaden genommen, ohne dass das erklärte Ziel, den Irak-Krieg zu verhindern, erreicht werden konnte. Mehr noch, die Gräben wurden nicht nur zwischen beiden Seiten des Atlantiks vertieft, sondern auch innerhalb Europas ausgehoben. Das war nicht allein der Fehler der Bundesregierung. Die Administration von George W. Bush hatte mit verbalen Fehlgriffen und mit einer wenig durchdachten Irak-Politik (und offenbar fehlenden Nachkriegskonzepten) erheblichen Anteil an dem Desaster.

### Drei Hauptfehler

Die Tatsache, dass die von Washington und London beschworenen Massenvernichtungswaffen des Irak bislang nicht gefunden worden sind, mag sich als späte Genugtuung gegenüber einer amerikakritischen Öffentlichkeit vermarkten lassen. Deutschlands internationaler Einfluss wächst dadurch nicht, sind doch die drei Hauptfehler der Bundesregierung allzu offensichtlich geworden:

- Mit der Ankündigung der Bundesregierung, im Sicherheitsrat – ganz gleich, was passiert – gegen die USA zu stimmen, hat sich Deutschland als „diplomatischer Autist“ und als politikunfähig erwiesen. Damit wurde vorzeitig die Möglichkeit verstellt, Solidarität zu zeigen, auch ohne dass die Bundeswehr direkt in das militärische Handeln im Irak einbezogen worden wäre.
- Deutschland entwickelte keine realistischen Alternativen für das Irak-Prob-

lem. Außer einer vagen Forderung nach „mehr Zeit für die Inspektionen im Irak“ ergab sich aus der deutschen Verweigerungshaltung keine Antwort auf die Frage, wie denn mit einem Land umgegangen werden müsse, das bereits sechzehn Resolutionen der Vereinten Nationen gebrochen hatte und nur mit militärischem Druck zu Zugeständnissen gezwungen werden konnte.

- Der Ruf der politischen Berechenbarkeit – ein Pfund, mit dem Deutschland in der Vergangenheit wuchern konnte – ist beschädigt. Partner diesseits und jenseits des Atlantiks können nicht vorhersehen, wann der Bündniskonsens für einen „deutschen Weg“ wieder geopfert wird. Rücksichtsloses Vorgehen Deutschlands auf anderen Politikfeldern, wie etwa beim EU-Stabilitätspakt, verstärken solche Befürchtungen.

### Ein europäisches Gegengewicht?

Eine weitere Dimension des bitteren transatlantischen Streits, der die rot-grüne Regierungszeit der letzten beiden Jahre kennzeichnete, zeigte sich im Bereich der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Angesichts der Vielzahl der Akteure und Standpunkte ist dieses Projekt mit einem fein austarierten Mobile vergleichbar, bei dem sich berechnete Ziele, überschwängliche Ambitionen, wechselseitiges Misstrauen und unterschiedliche Interessen die Waage halten. Nur auf der Basis dieser heiklen Balance konnten in der Vergangenheit wichtige Fortschritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen militärischen Handlungsfähigkeit Europas erzielt werden. Bundeskanzler Schröder hat dieses Gleichgewicht an zwei Stellen gestört: Er hob die traditionelle deutsche Politik des Spagats zwischen Washington und Paris zu Gunsten Frankreichs auf und verließ den bisherigen Kurs, die europäische Sicherheitspolitik als Synergie zur transatlantischen und nicht als Alternative zu sehen.

Mit der demonstrativen Anlehnung an Paris hoffte Schröder der politischen Isolation zu entkommen, in die ihn die Irak-Politik geführt hatte. Dabei war der deutsch-französische Schulterschluss keinesfalls selbstverständlich, galt das Verhältnis zwischen Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder bis dahin als eher unterkühlt. Auch hatte man sich in der Vergangenheit heftig über die Frage der Agrarsubventionen entzweit. Selbst in der Irak-Frage lagen die Positionen beider Länder anfangs noch auseinander. Zwar hatte Chirac einen möglichen Militärschlag gegen den Irak frühzeitig kritisiert, hielt sich aber alle Optionen offen. Politische Beobachter glaubten lange, dass Paris letztlich „umfallen“ und den amerikanischen Kurs billigen würde. Erst Anfang März, zehn Tage vor Beginn der Bombenangriffe auf Bagdad, erklärte Chirac, einen Konsens im Sicherheitsrat unter allen Umständen blockieren zu wollen.

Nachdem sich Frankreich festgelegt hatte, erkannte es in Deutschland einen natürlichen Verbündeten, mit dem die klassische gaullistische Politik der Positionierung eines französisch geführten Europas gegen die USA verfolgt werden konnte. Erstes Opfer des engen Schulterschlusses von Berlin und Paris war der Zusammenhalt in der NATO. Als die USA im Februar 2003 anregten, die NATO müsse sich auf eine militärische Krise in der Golfregion einrichten und Maßnahmen zum Schutz des Bündnispartners Türkei ergreifen, blockierten Frankreich, Deutschland und Belgien entsprechende Planungsprozesse der Allianz. Dieser Schritt rief bei der überwältigenden Mehrheit der NATO-Mitglieder scharfe Kritik gerade an Deutschland hervor, da es sich im Kalten Krieg doch immer auf die Solidarität der Bündnispartner verlassen habe. Auch entstand der Eindruck, dass selbst das NATO-Mitglied Griechenland bereit sei, für die Sicherheit

der Türkei einzutreten, Deutschland aber nicht. Die Folge war eine der schwersten Krisen in der Geschichte der NATO, die erst durch einen verfahrenstechnischen Ausschluss Frankreichs aus dem Abstimmungsprozess überwunden werden konnte.

Wenige Wochen später positionierte sich das deutsch-französische Tandem erneut, diesmal unterstützt von Belgien und Luxemburg. Geplant war ein Gipfeltreffen der vier Länder Ende April 2003, auf dem eine Europäische Verteidigungsunion (EVU) beschlossen werden sollte. Während Deutschland allerdings betonte, Ziel dieses Vorstoßes sei allein der Versuch, das Projekt einer europäischen Verteidigungsfähigkeit voranzubringen, stellte Frankreich klar, dass damit ein Gegengewicht zur amerikanischen „Hyperpuissance“ geschaffen werden sollte. Entsprechend verwundert war die internationale Reaktion. Die USA sahen einen Bruch des bisherigen Konsenses, dass eine gemeinsame europäische Verteidigung im euro-atlantischen Rahmen angesiedelt sein müsse und nicht als Abgrenzung von den USA verstanden werden dürfe. In den Hauptstädten Osteuropas wuchs die Befürchtung einer deutsch-französischen Prädominanz in der Europäischen Union – ein Eindruck, der durch den Gebrauch des historisch belasteten Begriffes „Achse“ und durch verbale Ausfälle Chiracs gegenüber diesen Ländern noch verstärkt wurde. In London und den übrigen EU-Mitgliedstaaten fragte man sich, was denn eine EVU ohne die militärischen Fähigkeiten Großbritanniens solle und was Luxemburg und Belgien für eine sicherheitspolitische Vorreiterrolle qualifiziere. Rasch machte das Wort vom „Pralinengipfel“ die Runde, um damit ironisch auf die Großmachtrolle Belgiens bei der Schokoladenproduktion Bezug zu nehmen. Auch Deutschland hatte sich in der Vergangenheit nicht dadurch hervorgetan, dass es

die ambitionierten Pläne der EU für eine europäische Streitmacht durch eigene finanzielle Anstrengungen beim Verteidigungshaushalt vorangebracht hätte. Selbst innerhalb der Bundesregierung gab es erhebliche Zweifel. Das Verteidigungsministerium lehnte die in dem Vierergipfel verborgene Idee eines neuen „Kerneuropas“ ab.

In der Folgezeit wurde der Streit sowohl innerhalb der NATO als auch in der Europäischen Union ausgetragen und führte zu heftigen Verwerfungen auf allen Seiten. Wie auch in der Debatte um den Irak-Krieg gab es keinesfalls eine Alleinschuld Deutschlands an der Eskalation. In dem Klima des Misstrauens und der wechselseitigen Anfeindungen, das die internationalen Beziehungen im Jahr 2003 kennzeichnete, hatte das absichtsvolle Missverstehen des Gegenübers durchaus Methode. Vorzuwerfen ist der Bundesregierung allerdings, die Situation nicht als solche erkannt und durch kluges Agieren entspannt zu haben. Stattdessen wurde durch Fehleinschätzungen und handwerkliche Fehler Öl ins Feuer gegossen.

### Ratlosigkeit gegenüber dem Iran

Parallel zum Irak-Konflikt entwickelte sich die seit langem schwelende Krise um mögliche Atomwaffenprogramme im Iran. Bereits in den siebziger Jahren hatte das Regime des Schahs mit ersten Kernwaffenforschungen begonnen. Die Revolution von 1979 unterbrach diese Arbeiten, bis sie die Mullahs 1984 reaktivierten. Seither gibt es Befürchtungen, dass iranische Reaktoren weniger zur Energiegewinnung, als zum Bau von Atomwaffen dienen sollen.

2002 gelangten Berichte über geheime Anlagen im Iran zur Urananreicherung und zur Produktion von Schwerem Wasser – einem wesentlichen Bestandteil für den Bau von Atomwaffen – an die Öffentlichkeit. Im Februar 2003 verkündigte die

Führung in Teheran, einen vollständigen Brennstoffkreislauf entwickeln zu wollen. Mit eigenem Uranabbau, Anreicherung und Kernbrennstoffproduktion wäre der Iran in der Lage, eigenständig – also ohne Importe – Atomwaffen zu produzieren. In den folgenden Monaten lieferte der Iran ein Katz-und-Maus-Spiel, in dem er abwechselnd den Drohungen der internationalen Staatenwelt nachgab, um dann wieder die eigene Position zu verhärten.

Im Oktober schien es den Europäern gelungen zu sein, den Gordischen Knoten zu zerschlagen. Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens reisten nach Teheran und überzeugten die iranische Führung, das Nuklearprogramm für die Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zu öffnen. Im Dezember unterzeichnete der Iran ein entsprechendes Protokoll, und die Krise schien gemeistert.

In Deutschland und Frankreich wurde der Erfolg der Außenminister nicht nur als Beleg für die Einigkeit Europas gewertet, sondern vor allem als Gegenmodell zu der Politik der Vereinigten Staaten gepriesen. „Europa triumphiert“ titelte die *Süddeutsche Zeitung* und gab damit die verbreitete Stimmung wieder. Während Washington sich im Irak allein auf die militärische Macht verlassen und auf einer zweifelhaften Argumentationsgrundlage Krieg geführt habe, habe Europa erfolgreich auf die Kraft der Diplomatie und des politischen Drucks gesetzt. Geradezu zwangsläufig hätten die USA die Situation in der Golfregion nur noch verschlimmert, während Europa mit kluger Politik und Zivilmacht ein Problem dauerhaft gelöst habe.

Allerdings währte der Jubel nicht lange. Ungeachtet unterzeichneter Verpflichtungen kooperierte der Iran nur unzureichend mit der IAEO und unterließ regelmäßig die Arbeit der internationalen Überwachungsteams. Dennoch fanden die Kontrolleure verbotene Bauteile von

Zentrifugen, mit denen atomwaffenfähiges Spaltmaterial produziert werden kann. Auch wurden Spuren des Kernwaffenmaterials Uran 235 entdeckt. Derzeit deutet alles darauf hin, dass der Iran mit seinem Nuklearprogramm fortfährt und in absehbarer Zeit über funktionsfähige Atomwaffen verfügen wird.

Damit befindet sich die viel zitierte „internationale Gemeinschaft“ in einer geradezu verzweifelten Position. Europa verfügt weder über die Mittel noch über den Willen, beschlossene Vereinbarungen auch – wenn es denn sein muss – militärisch zu erzwingen. Die Energie der USA ist zum großen Teil im Irak absorbiert, und George W. Bush kann und will sich wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen keinen weiteren Konflikt leisten. Israel, das angeblich bereits im Oktober 2003 einen Militärschlag zur Vernichtung des iranischen Nuklearpotenzials geplant hatte, konzentriert sich ebenfalls auf die Schwierigkeiten im eigenen Land. Schließlich dürfte die Öffentlichkeit in Deutschland oder in anderen EULändern kaum von einem harten Vorgehen gegenüber dem Iran zu überzeugen sein, hat doch der Hinweis auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen erheblich an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Dass heranwachsende Gefährdungen im Nuklearbereich ein frühzeitiges entschiedenes Handeln erfordern könnten, hat die Bundesregierung zu kommunizieren versäumt.

### Ein Teilerfolg – die Bundeswehr

Das Kabinett Schröder startete mit einem neuen Verteidigungsminister in die zweite Amtszeit. Wenige Wochen vor der Bundestagswahl hatte der ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD, Peter Struck, den erfolglosen und von Affären gebeutelten Rudolf Scharping abgelöst. Dem verteidigungspolitischen Novizen Struck gelang es in der Folgezeit nicht nur, das Amt des Verteidigungsministers aus

den Schlagzeilen der Regenbogenpresse herauszubringen, er leitete auch die längst überfällige konzeptionelle Neuausrichtung der Streitkräfte ein.

Mit den im Mai 2003 vorgelegten Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) zog der Minister die Konsequenzen aus den weltpolitischen Veränderungen der letzten Jahre, in deren traurigem Mittelpunkt die Katastrophe des 11. September steht. Um die Bundeswehr auf die neuen Aufgaben einer Interventionsstreitmacht einzustellen, werden in dem Grundlagedokument zwei Begrenzungen, die bislang für militärische Einsätze jenseits der eigenen Landesgrenzen galten, entscheidend verändert. Geografische Beschränkungen gelten für die Bundeswehr nicht mehr. Stattdessen ist es ihre Aufgabe, deutsche Sicherheitsinteressen künftig weltweit zu verteidigen. Das wurde zwar de facto mit dem Einsatz deutscher Streitkräfte etwa in Afghanistan bereits praktiziert, bekam nun aber die konzeptionelle Unterfütterung. Struck brachte es in den Folgemonaten auf den viel zitierten Punkt, dass deutsche Sicherheit auch „am Hindukusch“ verteidigt werden müsse.

Künftig müssen Streitkräfte in kürzester Zeit einsatzfähig sein, um auf plötzlich entstehende Bedrohungen angemessen reagieren zu können. Das wirft nicht nur logistische, sondern auch politische Probleme auf, da ein Bundeswehreininsatz an die Zustimmung des Parlaments gebunden ist. Derzeit wird debattiert, wie der Widerspruch zwischen rascher Einsatzfähigkeit der Streitkräfte einerseits und ausreichender (zeitaufwändiger) parlamentarischer Kontrolle andererseits aufgelöst werden kann.

Die politischen Vorgaben der VPR wurden in der Folgezeit von Generalinspekteur Schneiderhahn in ein militärisches Konzept zur Weiterentwicklung der Bundeswehr gegossen, in dem konkrete Angaben über die Größe und Struktur der Streitkräfte festgelegt waren.

Auch fanden sich in den Überlegungen zur Zukunft der Streitkräfte Tendenzen eines schrittweisen Abrückens von der Wehrpflicht. Damit folgte Struck nicht nur dem Wunsch des grünen Koalitionspartners, sondern auch der schwer widerlegbaren Logik, dass Wehrpflichtige in hochprofessionellen Einsatzarmeen weitgehend deplatziert sind.

Der Schwachpunkt der Bundeswehrreform von Rot-Grün liegt weniger beim Verteidigungsminister, der ein recht stimmiges Konzept zum radikalen Umbau des Militärs vorgelegt hat. Stattdessen sind es der Finanzminister oder der Bundeskanzler, die eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung der Streitkräfte nach wie vor verweigern. Die wachsenden Anforderungen an die Bundeswehr sollen mit immer weniger Mitteln in immer kürzeren Zeithorizonten bewältigt werden – eine Aufgabe, die letztlich stets in der Verwaltung des Mangels enden muss.

### Ein genereller Trend

Diese Entwicklung spiegelt einen generellen Trend wider, der bereits lange vor der Regierungsübernahme von Rot-Grün im Herbst 1998 einsetzte. Während die außen- und sicherheitspolitischen Erwartungen an das geeinte Deutschland seit Beginn der neunziger Jahre erheblich wuchsen, nahmen die Ausgaben für den Gesamtbereich „Außenpolitik“ stetig ab. 1990 verfügten die drei außenpolitischen Haushaltsposten der Bundesrepublik (die Haushalte des Außenministeriums, des Entwicklungsministeriums und des Verteidigungsministeriums) noch über einen Anteil von 21,5 Prozent am Gesamthaushalt. 2003 hatte sich dieser Anteil mit knapp zwölf Prozent fast halbiert. Unter Rot-Grün sind in den letzten sechs Jahren die Ausgaben für „Inneres“ (die Haushalte des Innenministeriums, des Arbeitsministeriums und des Verkehrsministeriums) auf fast fünfzig Prozent des Ge-

samthaushaltes gestiegen. Das schränkt nicht nur faktisch den Handlungsspielraum deutscher Politik ein, sondern widerspricht den Aussagen des Bundeskanzlers von einem international selbstbewusst und engagiert auftretenden Deutschland.

### Die doppelte Überraschung

Als Rot-Grün 1998 die Regierung übernahm, herrschte gerade im Ausland eine gewisse Skepsis. Wie würde eine außenpolitisch unerfahrene Regierung angesichts der schwierigen internationalen Lage agieren? Wie würde vor allem mit dem der Friedensbewegung und der Anti-NATO-Tradition entstammenden grünen Koalitionspartner die militärische Krise im Kosovo bewältigt werden? Zur allgemeinen Überraschung meisterte die Bundesregierung diese Herausforderungen weitgehend problemlos. Unter rot-grüner Führung beteiligte sich die Bundeswehr am NATO-Kampfeinsatz im Kosovo – wohlgermerkt, ein Angriffskrieg ohne Plazet der Vereinten Nationen –, ohne dass es in der eigenen Fraktion oder in der deutschen Öffentlichkeit zu nennenswerten Friktionen kam. Nach den Anschlägen vom 11. September stellte sich Deutschland ohne Wenn und Aber an die Seite der USA und entsandte bis zu

3900 Soldaten in die internationale Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“.

Seit 2002 macht sich erneut Überraschung breit. Einem außenpolitisch mittlerweile erfahrenen Kanzler unterlaufen regelmäßig schwer wiegende Fehlerurteile hinsichtlich der Interessenlage von Nachbarn und Verbündeten. Die Regierung erkennt völlig, wie Begriffe vom „deutschen Weg“ oder der „deutsch-französisch-russischen Achse“ gerade in Osteuropa wirken. Handwerkliche Mängel und Kommunikationsprobleme zwischen Kanzler und Außenminister, der beispielsweise das Wort vom „deutschen Weg“ nie gebraucht hat, verstärken den Eindruck des Stolperns von Krise zu Krise ohne Kompass und Kurs.

Angesichts der innenpolitischen Stagnation mag sich die Regierung zugute halten, zumindest auf der internationalen Bühne aktiv gewesen zu sein. Dabei hat Rot-Grün gerade in den vergangenen beiden Jahren die Kontinuität hinter sich gelassen und neue Wege beschritten. Alternatives Handeln allein reicht aber als Qualitätsmerkmal kaum aus. Außenpolitische Mauern einzureißen, ohne die Statik des Gebäudes zu bedenken, bringt aber kein größeres politisches Gewicht, sondern führt ins Abseits.

### Schröder und der Lohn des Lavierens

*„Schröder ist nie ein Herr der Programme gewesen. Seine Macht ruht auf einem Fundament, dessen Konturen meistens diffus sind, das aber irgendwie doch Halt bietet. Dies hat ihm Manövierraum nach links und nach rechts gelassen, den er in nüchternem Tageskalkül immer wieder neu definiert und dem er öfters auch die Kohärenz seiner Reformanstrengungen geopfert hat. Fast regelmässig war dies vor Wahlen der Fall – ein Phänomen, das keineswegs nur den politischen Stil Gerhard Schröders kennzeichnet. Aber der Kanzler ist ein Könner auf diesem Felde.“*

Jürg Dedial in der *Neuen Zürcher Zeitung* am 14./15. August 2004.